



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

γ.: Aus Schwaben.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

kömmlichen Begriffen rechtmäßig erworben haben und wohl die Hoffnung hegen dürfen, auch widerstrebende Elemente auf die Dauer mit dem Leben in unserer Gemeinschaft auszusöhnen. Und wir meinen, daß es ihnen und uns zu Ruh und Frommen gereiche.

So viel zur glimpflichen Erwiderung auf die stockholmer Erbauungsschrift.

Aus Schwaben.

Mitte März.

Der Eindruck, den die Generaldebatte des norddeutschen Parlaments hier im Süden hervorgebracht hat, ist ein mächtiger. Hat man dem Zusammentritt des Parlaments vorherrschend mit skeptischen Bedenken entgegengesehen, waren selbst die Freunde nicht ohne Besorgniß, daß die Stimme der Volksvertretung, durch keine gesetzliche Kompetenz gesichert, in dem durch die Waffen geschaffenen Werk nur schwer zur Geltung gelangen werde, so hat nun der rasche energische Zug der Geschäftsbehandlung, die Abwesenheit allen rhetorischen Prunks, der ernste von allen Seiten kundgegebene Wille, auf der wie immer mangelhaften Grundlage zu einem Abschlusse zu gelangen, und endlich die im Lauf der Debatte bedeutend gestiegene Aussicht auf eine Verständigung über wesentliche Abänderungen im liberalen Sinn die Geister in eine Spannung versetzt, die mit jedem Tage wuchs und mit jedem Tage zuversichtlicher werden durfte. Eine größere Anschauung bildet sich an den größeren Verhältnissen, welche sichtlich das nationale Werk nimmt. Je rascher die Verständigung in Berlin gelingt, um so mehr wird man sich im Süden überzeugen, daß die Constituirung des norddeutschen Bundes das richtige Mittel ist, die Schaffung eines gesamtdeutschen Organismus einzuleiten. Je kräftiger die Führung, um so williger wird man ihr folgen. Und so unerläßlich auch in unsern Augen die Einführung wirklich constitutioneller Befugnisse des Parlaments ist, so wenig würden wir doch Dank wissen, wenn der Streit über ein Mehr oder Weniger von verfassungsmäßigen Attributen, über einen höheren oder geringeren Grad formeller Vollendung der Verfassung die Arbeit scheitern machte.

Erst an diesen Debatten, die für ganz Deutschland, wenn auch nicht von den Vertretern ganz Deutschlands geführt werden, ist es vollends recht zum

Bewußtsein gekommen, wie entscheidend der jetzige Moment für die deutsche Zukunft ist. Seit wieder eine deutsche Tribüne ausgerichtet ist, dringt lebhafter in alle Gemüther die Ueberzeugung, wie Großes auf dem Spiele steht. Zu der Sprache der Thatfachen gesellt sich die lebendigere Sprache der berufenen Volksvertretung, und mit Freuden sieht man, wie die bewährten altpreussischen Kämpfer für die nationale Sache verstärkt sind durch das erfrischende Element der neuen Kräfte, die den Vortheil mitbringen, außerhalb der Verbitterung des sechsjährigen Verfassungskampfs gestanden zu haben. Im öffentlichen Kampf der Meinungen hebt sich zugleich die Stellung des Staatsmanns, der das Werk begonnen hat, dessen Durchführung nunmehr sein Ehrgeiz sein muß. Er ist ein anderer, seitdem er sich mit einem Parlament umgeben und die moralische Verantwortlichkeit für das, was er geschaffen, vor den Vertretern der Nation übernommen hat. Cavour wußte den Werth eines Parlaments zu schätzen, das er beherrschte, weil er seine Rechte achtete, und das ihm eine wirkliche Stütze war, weil er seine Controle nicht zu scheuen hatte. Graf Bismarck hat nie die Ambition besessen, eine Copie des italienischen Staatsmanns zu sein; aber davon hat er sich in den wenigen Sitzungen überzeugen müssen, wie die Mitwirkung der Nation nicht zu entbehren ist zur Ueberwindung der von den particularen Mächten geschaffenen Hindernisse. In der denkwürdigen Montagsitzung am 11. März hat der Graf gezeigt, daß er sich wohl bewußt ist, wo die Bundesgenossen der nationalen Politik Preußens sind und wo die Gegner.

Es war im Süden erwartet, daß die zahlreichen Erklärungen für den Anschluß an den Norden, die seit Nikolsburg sich gefolgt, nicht ohne entsprechendes Echo im Parlament bleiben würden. In der That ist fast keine Rede gehalten, ohne daß dieses Thema berührt und zum Theil ausgeführt wäre. Die beliebte Phrase vom großpreussischen Particularismus hat damit ihre bündige Antwort bekommen. Von allen Seiten und von verschiedenen, zum Theil entgegengesetzten Gesichtspunkten ist die Vereinigung des Südens mit dem Norden als eine der wesentlichsten Aufgaben hingestellt worden, sei es nun, daß man mehr den Nachdruck darauf legte, die Verfassung müsse derart eingerichtet werden, um den Zutritt der Süddeutschen zu erleichtern, oder daß man mehr das rasche Zustandekommen der Verfassung betonte, weil dann die Süddeutschen schon von selbst kommen würden. Dies war, wie gesagt, erwartet und selbstverständlich. Niemand außer den süddeutschen Radicals wünscht die definitive Mainlinie, zu deren Beseitigung — abgesehen von den idealen Motiven der Nationalität, abgesehen von allen Sympathien und Antipathien — schon die beiderseitigen Interessen nöthigen. Aber der einstimmige Ausdruck dieser Gesinnung ist schon für sich eine Bürgschaft für deren Aufhebung, sie ist eine vorläufige nützliche Ankündigung für das Ausland, und sie war speciell für uns

eine Genugthuung, denen die Particularisten immer mit dem Geschrei in den Ohren lagen: Preußen hat die Mainlinie geschaffen, hat Deutschland zerrissen, und ihr bittelt euch bei einer Macht an, die euch zurückstößt!

Wichtiger noch ist, daß eben über diesen Punkt die officiellen Erklärungen in Berlin immer deutlicher und unumwundener hervorgetreten sind. Zuletzt hat Graf Bismarck gradezu die Umrisse eines Programms gegeben, wie nach Herstellung des norddeutschen Bundes die nationalen Beziehungen zwischen Nord und Süd zu regeln seien, und die Erklärung beigefügt, daß, was die Machtfrage betreffe, das Zusammengehen des Nordens und Südens im Fall eines Angriffs von außen definitiv gesichert sei. Das waren hoch erfreuliche Erklärungen. Immerhin aber lassen auch sie noch Bedenken und Zweifel übrig.

Es liegt in der Natur der Sache, daß die Frage der Festmachung des Zollvereins den Anknüpfungspunkt für die Verhandlungen bilden wird. Der Vorbehalt sechsmonatlicher Kündigung war das Mittel, um eine Einigung möglich zu machen und den vormalig auf je zwölf Jahre geschlossenen Contract in ein unauflösliches Band zu verwandeln; und dies wieder kann nur geschehen, indem Süddeutschland an der Gesetzgebung in Zollsachen theilnimmt. Aber wenn Graf Bismarck hinzufügte, daß zu diesem Zweck „organische Einrichtungen“ zu schaffen seien, die er allerdings nicht näher andeutete, so scheint der Gedanke zu sein, eine besondere Institution, etwa Ausschüsse der Volksvertretungen ad hoc einzuführen, und es liegt auf der Hand, daß ein solches Auskunftsmittel ein peinliches Uebergangsstadium schüfe, das überdies vielleicht nicht ungefährlich wäre, wie jede Institution, welche die politische Trennung gewissermaßen sanctionirt. Es wäre wohl eine Etappe zur parlamentarischen Vereinigung, aber doch zugleich eine Consolidirung des Provisoriums, und wer weiß auf wie lange. Es ist leider sehr erklärlich, daß man froh ist, die Herstellung der Verfassung jetzt ohne die widerhaarigen süddeutschen Elemente vornehmen zu können, aber nachdem der augustinburgische, welfische und wettinische Particularismus im Parlament sich verhältnismäßig so zahm und ungefährlich gezeigt hat, so weit zahmer, als die Wähler dieser Abgeordneten sich vermuthlich gedacht hatten, wird sich ja wohl auch die Scheu vor den gefürchteten Süddeutschen mäßigen dürfen. In der Nähe besehen möchten sie leicht einen weit weniger bedrohlichen Eindruck hervorbringen; zumal sich bald herausstellen würde, was zuweilen unter der grimmigsten Löwenhaut steckt.

Noch ernster sind die Zweifel, die sich bei uns im Süden an das andere Wort Bismarcks knüpfen, so zuversichtlich es lautet. Der gegenseitige Beistand des Südens und Nordens bei jeder Gefährdung der Integrität Deutschlands, sagte er, sei definitiv gesichert. Dies erhebt allerdings zur Gewißheit, was bisher nur Vermuthung war, daß bestimmte Zusagen der Regierungen gewechselt

worden sind, die wahrscheinlich schon bis Nikolsburg hinaufgehen und vielleicht seitdem bestimmter erneuert worden sind. Allein zur Zeit fehlt es noch ganz an der thatsächlichen Voraussetzung, welche die Erfüllung dieser Zusage von Seite des Südens erst ermöglicht. Diese thatsächliche Voraussetzung ist die Umbildung der süddeutschen Wehrkräfte nach dem preussischen System, und in welchem Stadium diese sich befindet, ist jetzt durch die Veröffentlichung der stuttgarter Conferenzbeschlüsse zur Genüge aufgedeckt. Es hat sich gezeigt, daß man sich in Stuttgart im Grunde über nichts geeinigt hat; — über nichts als die Annahme der preussischen Wehrverfassung im Princip. Was die Ausführung im Einzelnen betrifft, ist immer nur von „möglichster“ Gleichartigkeit die Rede, oder es ist ein Maximum und ein Minimum bestimmt, innerhalb deren den einzelnen Staaten Raum für ihre Stammeseigenthümlichkeiten bleibt. Kurz es ist kein rechter Ernst mit dieser Umformung; in allen Detailfragen hat man keine Uebereinstimmung erzielt, und die Ansetzung des 1. October als Termin für die Wiederaufnahme der Verhandlungen zeigt am besten, welche Eile die Regierungen haben, ihre Heere in die Verfassung zu setzen, die sie fähig macht, in einem deutschen Kriege mitzuwirken. Die beste Zeit geht verloren mit Nichtsthun. Oder nein, nicht mit Nichtsthun. Auf dem württembergischen Kriegsministerium haben alle Hände zu thun mit Erledigung der Rechnungen und Schreibereien, die aus dem Feldzug von Taubertschheim bergehoch aufgelaufen sind, und die, wie man sagt, noch Jahr und Tag in Anspruch nehmen werden. Und außerdem ist man beschäftigt, alle erdenklichen Arten von Schießgewehren zu probiren und womöglich den definitiven idealen Hinterlader zu erfinden, der die verächtliche, schon vor zwanzig Jahren erfundene preussische Schußwaffe weit hinter sich lassen wird, der aber vor allem die Bedingung erfüllen muß, ohne Nadel construirt zu sein; denn schlechthin unüberwindlich ist am Resenbach der Abscheu vor der Nadel, die den deutschen Bund todtestochen hat.

Hat man sich in Stuttgart grade über die praktischen Fragen nicht einigen können, so geht wenigstens Baden einfach praktisch zu Werke. Es läßt seine Gewehre in preussische Hinterlader verwandeln und borgt sich inzwischen preussische Waffen, mit denen allmählig sein ganzes Heer eingerecirt wird. Dort und in Bayern ist das Ministerium eine Gewähr für ehrlichen guten Willen, auch ist in München der Kammerauschuß über die Wehrfrage ernstlich an der Arbeit und auf gutem Weg. Ganz anders in Württemberg. Hier allein — mit Ausnahme des unschädlich gemachten Hessens — ist immer noch dasselbe Ministerium am Ruder, das mit lustiger Zuversicht das Land in den Krieg getrieben, das im Voraus sein höhnisches Drohwort nach Berlin gerufen und dann nach der Niederlage die Unterstützung Frankreichs in den Friedensverhandlungen angesprochen hat. Seit jenen offenkundigen Thatsachen aber hat die Regierung

nicht ein einziges Mal durch ihr officiellcs Organ dem Lande eine Andeutung gemacht, daß andere Wege eingeschlagen seien. Mag sie es nun nicht für der Mühe werth halten, über solche Kleinigkeiten das Volk aufzuklären, oder den Muth nicht finden, offen Farbe zu bekennen, auffallend bleibt dieses völlige Stillschweigen im höchsten Maße, und ich spreche nur eine Thatsache aus, wenn ich sage, daß dieses Stillschweigen in Verbindung mit anderen Symptomen das tiefste Mißtrauen in die eigentlichen Gesinnungen des Ministeriums wachruft. Seitdem der berühmte franzosenfreundliche Culturhistoriker die Redaction des officiellen Blattes wieder mit seiner Landpfarre vertauscht hat, enthält dasselbe sich ängstlich jeder Bemerkung, die wie eine Parteinahme gedeutet werden könnte. Dagegen fährt jene unreinliche Localpresse, die für höhere Inspirationen nicht unzugänglich und sonst als der Barometer für die Stimmung in den leitenden Kreisen gilt, ihren Kleinkrieg gegen Preußen und die preußische Partei mit den bekannten Mitteln munter fort. Auch die Verzögerung in der Einberufung der Kammern wird in dem Sinne gedeutet, daß die Regierung abwarten und noch in keiner Weise öffentlich vor dem Lande sich binden will. Nimmt man dazu das gemüthliche Tempo und die zeitraubenden Experimente in der Heeresfrage, so kommt man nothwendig zu dem Geständniß, daß, wenn ja die Kriegsgefahr rasch hereinbrechen sollte, zumal wenn man die geographischen Verhältnisse ins Auge faßt, in Württemberg gradezu noch alles möglich ist. Sicher wird die Regierung bei jedem Druck von preußischer Seite aufs entgegenkommendste sich benehmen, sie wird es nicht an Zusicherungen fehlen lassen, sie wird weit entfernt von hannoverscher Widerspenstigkeit sein. Aber der Gedanke ist unabweisbar, daß sie gleichzeitig noch mit allerlei Eventualitäten spielt, und es wäre daher mehr als beruhigend gewesen, wenn Graf Bismarck auch von festen Garantien gesprochen hätte, welche eine gemeinsame deutsche Action im Kriegsfallc sichern.

Am meisten hat auffallen müssen, daß die Regierung die stuttgarter Beschlüsse veröffentlicht hat, ohne irgendwie eine Organisation zu motiviren, welche dem Lande so bedeutende Opfer auferlegen wird, und grade beim schwäbischen Volk nicht auf den freudigsten Willkomm rechnen kann. Die Annahme des preußischen Systems zu befürworten, hat die Regierung bisher durchaus der nationalen Presse überlassen. Sie selbst thut nichts, um der Agitation, welche der radicale Particularismus eröffnet hat, ihrerseits mit Gründen entgegenzutreten und der zu erwartenden Vorlage einen günstigeren Boden in der Bevölkerung zu bereiten. Offen fordert das Blatt, dem der Graf Bismarck die Ehre einer Erwähnung angethan hat, das Volk in Festschrift zur Auswanderung auf, und die Regierung schweigt, läßt Monat um Monat verstreichen und sieht gelassen zu, wie das Volk inzwischen von Demagogen gegen eine Reform bearbeitet wird, für die sie sich selbst engagirt hat. Das sieht wahrlich nicht aus,

als ob es der Regierung Ernst wäre, und rechtfertigt es, wenn wir auf die zuversichtlichen Aeußerungen Bismarcks erwiedern: Garantien, Herr Graf, Garantien!

7.

Zustände und Aussichten in Oestreich.

3.

Der Ausgleich mit Ungarn.

Ueber den Triumph der magharischen Staatsmänner soll berichtet, von den Bestrebungen und Zielen der ungarischen Minister erzählt werden: der erste Name aber, der unter die Feder kommt, ist abermals der Freiherr v. Beust. Das sieht nachgrade geschmacklos aus und erinnert an den Mann, der nur eine einzige Anekdote im Vorrathe besaß, diese aber dafür um so eifriger bei jeder Gelegenheit zum Besten gab. Dennoch liegt in der Nennung dieses Namens keine Abschweifung von der Sache. Herr v. Beust spielt eben den Ueberall und Nirgends in Oestreich, dirigirt alles, soufflirt alles, spricht über alles und denkt für alle; er ist der politische spiritus rector, er tritt aber auch in der socialen Welt in Heldenrollen auf. Das man in den letzten Wochen die wiener Carnevalsechronik, gewiß wurde Herr v. Beust, mit Fräulein Wolter vom Hofburgtheater am Arme, als Mittelpunkt der Ballfeste gepriesen; blätterte man in den wiener Theaternachrichten, so erfuhr man heute, daß Herr v. Beust ein Drama, etwa den Statthalter von Bengalen, aus den Klauen der Censur befreit, am andern Tage, daß er im Gespräche mit dem Possenschreiber Berg sein Entzücken über die wiener Vorstadtbühnen geäußert und wie sehr seine Kenntniß Oestreichs durch das Studium der „alten Schachtel“ und der „schönen Helene“ gewonnen, versichert habe. Er steht am Hiesinger Hofe in großem Ansehen, weiß aber auch die Aengstlichen, welche einen vorzeitigen Ausbruch des Rachegefühls gegen Preußen fürchten, zu beruhigen. An Bismarcks Stelle würde er nicht anders gehandelt haben. Die Freunde des Concordates vertrauen auf ihn, die Anhänger des Liberalismus vertheidigen ihn eifrig gegen Belcredi, Thun und die Patrone des „Vaterlandes“. Mit derselben Gewandtheit, mit welcher er die schwebenden Fragen behandelt, die Parteien durcheinanderschiebt und neu ordnet, nimmt er auch jeden beliebigen Charakter an.